



Hintergrund

Am 10. Mai hat der Bundestag die Einsetzung des ersten Bürger:innenrates *Ernährung im Wandel* beschlossen, der im September 2023 seine Arbeit aufnehmen wird. Zeitgleich starten die Beratungen über das Thema des zweiten Bürger:innenrates. Wichtig ist dabei, **Bürger:innenräte** nicht nur als Beteiligungs- sondern vor allem als **Problemlösungsinstrument** zu begreifen.

Der Themenfindungsprozess zum ersten Bürger:innenrat führte bei vielen Beteiligten zu Unzufriedenheit¹. Da die Entscheidung über das nächste Thema voraussichtlich im Herbst fallen soll, muss nun zeitnah ein geeignetes Thema von den Fraktionen vorgeschlagen werden. Dieses sollte sich **an den großen und drängenden Herausforderungen unserer Zeit ausrichten** und Problemen widmen, bei denen die Politik trotz Handlungsdruck derzeit nicht vorankommt, beziehungsweise sich in der Zukunft Konflikte abzeichnen.

Der nächste Bürger:innenrat des Bundestags: Zukunft des Wohnens

Eines dieser Themen ist die **Zukunft des Wohnens**. In einem ZEIT-Interview vom 13. April 2023 sagte Bauministerin Klara Geywitz:

*„Ich kann und will niemanden zwingen, umzuziehen, und ich will auch keine Richtlinie für Quadratmeter pro Kopf machen. Aber ich glaube, dass wir mal anfangen müssen, das Thema Wohnraum anzusprechen. [...] Deswegen ist die Frage, ob wir eine andere Vorstellung von hochqualitativem Wohnen haben, total wichtig. Die wird aber nicht die Bauministerin beantworten. **Das muss die Gesellschaft miteinander besprechen**“ und weiter **„Wir brauchen also einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs.“***

Für so eine gesamtgesellschaftliche Debatte bietet ein Bürger:innenrat den idealen Anstoß – und *Zukunft des Wohnens* ist dafür aus verschiedenen Gründen als Thema besonders geeignet:

- ✓ **Gesellschaftliche Relevanz:** Viele Menschen sind akut mit Herausforderungen rund ums Wohnen konfrontiert und belastet.
- ✓ **Bezug zur Lebenswirklichkeit:** Das Thema betrifft alle Menschen in Deutschland (anders) in ihren individuellen Lebensentwürfen und Alltagserfahrungen.
- ✓ **Politische Relevanz:** Politische Entscheidungsträger:innen sehen beim Thema Wohnen großen Handlungsdruck und etablierte Lösungsstrategien stoßen an ihre Grenzen..
- ✓ **Dilemmata:** Zahlreiche Zielkonflikte stellen die Politik in der Wohnungs- und Baupolitik vor schwierige Abwägungen.

Schwierige Konflikte und eine angeheizte Debatte

Die aktuelle Debatte um die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes und das damit in Verbindung gebrachte Umfragehoch der AfD führen gerade eindrucksvoll vor Augen, welcher Zündstoff in der Bau- und Wohnungspolitik und ihren verschiedenen Zieldimensionen liegt:

Beim Wohnen sind die **Werte und Interessen so unterschiedlich wie die Lebenswirklichkeiten** in diesem Land.

¹ Siehe Impulspapier ‚Verfahrensvorschlag zur Themensetzung‘ von Klimamitbestimmung, IASS & IDPF..



Da Wohnungen das menschliche Grundbedürfnis nach Schutz erfüllen, ist die oberste Aufgabe der Wohnungspolitik eine **Soziale**: diesen Schutz allen Menschen in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig erfolgt die Bereitstellung von Wohnraum unter **ökonomischen** Rahmenbedingungen und ist **ökologisch** eingebettet: Bauen und Wohnen ist ein **zentraler Baustein der sozial-ökologischen Transformation** hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft. Darüber hinaus ist Wohnen verbunden mit **Kultur, Identität** und **sozialer Teilhabe**.

Handlungsdruck und Grenzen des ‚Neubauparadigmas‘

Lange Zeit wurde versucht, etwaige Konflikte durch ein Mehr zu lösen, nach dem Prinzip: Bei höherem Wohnungsangebot sinken die Mieten und Preise. Aber: **„Bauen, Bauen, Bauen“ stößt als Lösungsstrategie zunehmend an Grenzen**. Fachkräftemangel und Baukosten verhindern das Erreichen der Neubauziele der Bundesregierung; der Flächenverbrauch bedroht die Ökosysteme und lässt besonders in sozial benachteiligten Vierteln die Gefahr von Klimafolgeschäden wachsen; und die mit dem Bauen verbundene Produktion von Treibhausgasen und Abfall ist nicht vereinbar mit den Klimazielen der Bundesregierung. Gleichzeitig **verschärft der demographische Wandel die Situation**: Immer mehr (gerade ältere) Menschen leben alleine oder in großen Wohnungen, wodurch der Wohnraum pro Kopf weiter steigt. Der Erwerb einer eigenen Immobilie ist für viele Menschen ebenfalls nicht mehr erschwinglich. Wegen dieser Limitierungen und Entwicklungen wird die Wohnungspolitik laut wissenschaftlichen Studien zunehmend mit **Fragen der Verteilung von Wohnraum** konfrontiert, worauf sie **neue Antworten** geben muss.

Bürger:innenrat Zukunft des Wohnens für neue Antworten

Ein Bürger:innenrat zur *Zukunft des Wohnens* kann der Politik beim Finden neuer Antworten Orientierung geben, indem er über die **Erreichbarkeit aktueller Ziele** reflektiert, etwaige **Alternativen** kommentiert und erarbeitet, welche **politischen Instrumente** zur Erreichung der Ziele aus Sicht der Teilnehmenden legitim sind und welche **konkreten Maßnahmen** umgesetzt werden sollten. Eine mögliche Fragestellung eines solchen Bürger:innenrates könnte sein:

Wie soll unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und ökonomischer Kriterien und des demographischen Wandels in Zukunft die Verteilung und Bereitstellung von Wohnraum politisch geregelt werden?

Bei der Ausgestaltung der genauen Fragestellung und der zu behandelnden Unterthemen ist es wichtig, konkret **von den politischen Bedürfnissen auszugehen** („Bei welchen Fragen kommen Sie nicht weiter und wünschen sich Empfehlungen eines Bürger:innenrates?“) und sicherzustellen, dass der **Umfang für die Beratschlagung eines Bürger:innenrates angemessen** ist².

Die *Zukunft des Wohnens* erfordert eine gesamtgesellschaftliche Aushandlung und ist deshalb sehr gut für einen **Bürger:innenrat im Auftrag des Deutschen Bundestages** geeignet. Eine **frühzeitige Einbindung der zuständigen Ministerien sowie die parlamentarische Befassung** mit seinen Empfehlungen ist vorab sicherzustellen, damit der Bürger:innenrat sein Potenzial zur **Stärkung von Demokratie, Zusammenhalt und Nachhaltigkeit** entfalten kann.

Gerne stehen wir für Rückfragen zur Verfügung.

² Siehe ‚Handreichung „Gute Fragestellungen Festlegen – 10 Leitprinzipien“ von Klimamitbestimmung.